

Deutscher Reichstag.

58. Sitzung vom 27. Februar.

1 Uhr. Am Bundesratsstische: Graf Caprivi, Freiherr von Marschall, Dr. von Bötticher, von Heden u. A. Eingegangen: Begehren betr. die Abänderung des Zolltarifgesetzes (Aushebung des Identitätsnachweises).

Das Haus ist nur mäßig besetzt. Die erste Beratung des deutsch-russischen Handelsvertrages wird fortgesetzt. Verbunden damit wird die Beratung des Antrages des Abg. von Kardoff auf Einführung einer gleichartigen Zolltarifa für Roggen, Weizen und Mehl bei bestehendem Disagio in fremden Staaten, dem Antrage des Abg. von Salisch, dasselbe auch für Hafer zu bestimmen, und dem Antrage des Abg. Frhn. Eyl zu Herrenstein, dem Bundesrathe nur die bestmögliche Ermächtigung zu erteilen.

Abg. v. Kardoff (N.): Der Abg. Graf Michals hat gestern ausgeführt, wie alle Konzeptionen, die Russland an gemacht hat, durch dessen unterwerfliche Haltung illusorisch werden. Mein Antrag hilft den nachtheiligen Folgen ab, welche in Folge der schon bestehenden Valuta für uns entstehen können und bezweckt damit die Annahme von Handelsverträgen, gleichviel mit welchen Staaten durch eine große Mehrheit zu sichern. Der Antrag würde auch der ungeliebten Spekulation an der Börse einen Riegel vorziehen. Wenn der Antrag nicht alle landwirtschaftlichen Produkte umfasst, so ist der Grund der Befürchtung, dass ich den Zollbehörden nicht zu große Schwierigkeiten bereiten möchte. Oesterreich, das ja auch ein Goldagio hat, würde dieser Maßregel gleich zugethan, weil es doch Russland gegenüber nur einen Vorzug genösse, da seine Valuta nicht so unterwerflich ist wie die russische. Der Widerstand der kleineren Vertragsstaaten würde sich wohl beseitigen lassen. Der Antrag richtet sich übrigens nicht so sehr gegen Russland, wie gegen andere Länder, so Argentinien und Indien, welche für ihre Exporte nach Deutschland in ihrer unterwerflichen Haltung eine starke Exportprämie besitzen. Die Argumentation, dass das russische Getreide auf jeden Fall über den Weltmarkt zu uns kommen würde, kann ich nicht für richtig anerkennen. Es ist das Argument, mit welchem die Freihändler gegen den Zoll bekämpfen. Ueberdies ist Roggen auch nicht so sehr Weltmarktsartikel, wie sich vielleicht der Kaufmann der russischen Roggen, und darum ist es für Russland zu außerordentlich unkonven, die deutsche Grenze abgeperrt zu sehen. Die Deduktion, dass die Roggenwaare immer mehr der Weizenwaare Platz macht, ist doch sehr verhängnisvoll; denn diese Deduktion heißt, die östlichen Provinzen, die nur Roggenboden besitzen, dazu vernichten, zur Einde zu werden oder Kirschen zu pflanzen. (Sehr richtig! rechts.) Mit der Bevölkerung dieser östlichen Provinzen hat Friedrich der Große der ganzen Welt widerstanden. Ueber diese Bevölkerung zur Abwanderung überzugehen, heißt über das deutsche Reich zur Lagerordnung überzugehen. (Zustimmung.) Ich weiß ja, dass es Leute giebt, die sehr gern über das deutsche Reich zur Lagerordnung übergehen möchten. Ich gehöre nicht dazu! Den Todestisch erhält ja die Landwirtschaft durch den russischen Vertrag nicht den bestmöglichen Schlag. Hat sie schon durch den Vertrag mit Oesterreich bekommen. Die Bestimmungen der Handelsverträge werden sich nicht erfüllen; die Industrielisten, welche es wagen würden, gefährliche Einrichtungen für den Handel mit Russland zu treffen, werden es erfahren, welche Schwierigkeiten und Gefahren der Handel mit Russland bringt. Alle Döner aber werden wieder der Landwirtschaft anferlet. Der Abg. Richter sagte, wenn Fürst Bismarck den Vertrag vorgelegt hätte, würden wir hier alle zustimmen. Fürst Bismarck würde aber niemals einen Vertrag vorgelegt haben, der die Bindung der landwirtschaftlichen Zölle enthält. (Beifall.) Wenn er es aber getan hätte, so würden wir, da wir sein wohlwollendes warmes Herz für die Landwirtschaft kennen, das Vertrauen zu ihm gehabt haben, dass er es verstanden haben würde, Kompensationen für die Landwirtschaft zu erzielen. (Beifall rechts.) Dies Vertrauen können wir zur gegenwärtigen Zeit nicht haben; denn wir haben die Erfahrung gemacht, dass bisher von Wohlwollen für die Landwirtschaft nichts zu merken war. Eine Kompensation würden wir in einer Abänderung der Währungsverhältnisse erblicken, wenn die Regierung sich entschließen hätte, die Initiative zu der Einführung der internationalen Doppelwährung zu ergreifen. Nun hat die Reichsregierung eine Enquete zusammenberufen auf Wunsch von Anträgen, die, wie ich aus den Erklärungen der preussischen Regierung im Herrensaal ertheilt, von dieser gemacht sind. Doch ist die Zusammenkunft in ganz anderem Geiste erfolgt, als damals im Herrensaal angedeutet wurde, denn in die Kommission, die zur Wiederherstellung des Silberwerthes eingesetzt ist, hat man um mehr als die Hälfte solche Personen berufen, die die Reabilitation des Silbers als wahren Lufthun betrachten. Dies hat wohl auch den Grafen Ribbentrop zum Austritt aus der Kommission veranlasst, ich bin in der Kommission geblieben, um zu zeigen, dass wir in allen Punkten Rede und Antwort stehen können. (Beifall.) Was die agrarische Bewegung betrifft, so besteht diese nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt. Eine Veranlassung von Berner Bauern sprach neulich erst ihre Verwunderung darüber aus, wie die Regierung einen Stand vernachlässigen kann, der der sicherste Hort gegen die Sozialdemokratie ist. (Rachen bei den Sozialdemokraten.) Zu Frankreich will man den Getreidebau schützen, denn, wie Herr Möllne sagte, die Regierung weiß sehr wohl, dass die militärische Stärke Frankreichs mit dem Verschwinden des Getreidebaus auch verschwinden, seine Fremdschaft nicht mehr erhalten werden würde, und weil die Stärke Frankreichs erhalten bleiben soll, muss der Getreidezoll auf 7 Mark erhöht werden. Das ist eine richtige Ansicht und ich würde es für die höchste Gefahr für den Bestand des Reichs halten, wenn der deutsche Getreidebau durch Herabminderung der deutschen Zölle nicht mehr konkurrenzfähig bleiben würde. Das ist, was ich über den Antrag zu sagen habe. Ich kann Sie nur bitten, den Vertrag abzulehnen. Denn wenn Sie ihn annehmen, übernehmen Sie eine größere Verantwortung, als wenn Sie ihn ablehnen. (Beifall rechts.)

Reichstagsler Graf von Caprivi: Auf den Antrag von Kardoff wird nicht eingegangen, sondern nicht an den Vertrag selbst und die gestrige Behandlung halten. Der vorliegende Vertrag ist bestimmt, eine Brücke für den Verkehr zweier großer Nationen zu bilden, er ist in dieser Beziehung ein Werk von ungewöhnlicher Tragweite, er ist geprüft worden von Sach-

verständigen aller Art, und die Sachverständigen haben gefunden, dass er ein gutes Werk ist. Er trägt sich, auf wirtschaftlichen Motiven aufgebaut, selbst und bedarf nicht der Erläuterung des Gebietes der allgemeinen Politik. Da aber gestern die allgemeine Politik hier gestreift ist, werde ich mich umhin bemühen, einige Worte darüber zu sagen. Wie ich aber darauf eingehe, möchte ich in Bezug auf die Diskussionen, die in der Presse in der letzten Zeit zahlreich verbreitet worden sind, Insinuationen, die dahin gehen, dass unter den Bezaulerten selbst Streitigkeiten und Uneinigkeit ausgebrochen wären — in Bezug auf solche Insinuationen möchte ich einige Worte sagen. Man hat nun zunächst sich mit meiner Person beschäftigt und hat die Frage, hier und da auch wohl den Wunsch ausgesprochen, dass es am Ende nicht so übel wäre, wenn der Bauerleiter bei dieser Gelegenheit vom Gerichte fallen würde. (Heiterkeit.) Das thut er nicht, er hat den Vertrag durchgesetzt. Es ist bekannt, dass ich nuncmehr vor vier Jahren in meine Stellung eingetreten bin. Ich habe sie übernommen und werde darin verharren, so lange es Sr. Majestät dem Kaiser gefällt und so lange meine Kräfte reichen. Ich würde aber die Theilnahme an diesem Vertrage, die nur eine beschränkte war, nicht haben durchführen können ohne die ausgezeichnete Unterstützung, die ich von vielen Seiten gefunden habe. Die habe ich mir zur Ehre angeordnet. Ich würde aber am allerwenigsten auch nur den Theil meiner Thätigkeit an dem Vertrage, den ich übernommen habe, haben tragen können, wenn nicht der Bahner von der tiefen und festen Ueberzeugung von der Nothwendigkeit und Heiligkeit unserer Wirtschaftspolitik und insbesondere dieses Vertrages getragen wäre.

Nach anderer Richtung ist insinuiert worden, es wären Streitigkeiten und Spaltungen in preussischen Staatsministerien, Spaltungen im Reich, Spaltungen zwischen Reich und Preußen. An alledem ist nichts wahr. Das preussische Staatsministerium hat diesem Handelsvertrage einstimmig zugestimmt, und wenn in den früheren Stadien etwa verschiedene Meinungen geäußert worden sind, so ist das nur ein Beweis dafür, wie ernst das preussische Staatsministerium es mit seiner Pflicht, über den Vertrag nach allen Seiten klar zu werden, genommen hat, nicht aber dafür, dass Meinungsverschiedenheiten bestehen, die nicht ihren vollständigen Ausgleich gefunden hätten. Das preussische Staatsministerium steht Mann für Mann hinter dem Vertrage. Ebenso ist es mit dem Bundesrathe. Der Handelsvertrag ist im Bundesrathe einstimmig angenommen worden, und auch hier sind alle Insinuationen, die man ausgesprochen hat, hinfällig. Ich möchte jetzt dem Abgeordneten von Kardoff auf sein Spiegelgebiet folgen und ihm bemerkl machen, dass auch das, was er jetzt über Streitigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten zwischen Preußen und Reich in Bezug auf die Währungscommission jeder Begründung entbehrt. Er ist falsch unterrichtet, wenn er glaubt, das preussische Staatsministerium habe den Zusammenhang der Währungscommissionen für sich verantwortlich, er ist von mir veranlasst worden, er ist falsch unterrichtet, wenn er glaubt, die Währungscommission verfolge andere Ziele, als die mit dem preussischen Staatsministerium besprochen worden sind. Der vorliegende Vertrag hat in der kompetenten Beurtheilung des An und Auslandes, und auch in der folger Reue, die im Stande sind, ihn vom politischen Standpunkt zu beurtheilen, Zustimmung gefunden und auch hier hat man den Versuch gemacht, die eine oder die andere irrige Meinung zu verbreiten und ich will deshalb aussprechen, dass die leitenden Staatsmänner Oesterreichs, Ungarns und Italiens mit ihre Freunde über das Zustandekommen dieses Vertrages ausgesprochen haben. (Hört, hört! links.) Es ist also mit diesen persönlichen Schwierigkeiten, die man in dieser Sache hat hineinbringen wollen, nichts. Nun, wie steht dieser Vertrag zu unserer auswärtigen Politik, wie kann er auf sie wirken? Darüber zu sprechen, ist unendlich schwer, man begiebt sich auf das Gebiet der Hypothesen, der eine kann diese Bemerkungen daran knüpfen, der andere jene — der eine ist nicht zu widerlegen, der andere ist nicht zu widerlegen. Ich halte es für richtiger, die Frage so zu stellen, wie sind denn die Ziele unserer Politik, wie weit steht der Handelsvertrag mit ihnen im Einklange, wie weit widerspricht er ihnen?

Die Ziele der deutschen Politik sind seit Jahrzehnten die Erhaltung des Friedens, die Wahrung des deutschen Ansehens, deutscher Ehre, deutscher Würde. Bei dem ersten Handelsvertrage, den wir mit Oesterreich schlossen, ist hier ausgesprochen worden, es sei dieses die im Interesse des Friedens. Der Verdacht ist erneuert worden des Friedens willen, er verfolge friedliche Ziele. Selbst bei der Armeeverlage haben wir ausgesprochen, dass sie bestimmt ist, in erster Linie den Frieden zu erhalten und nur dann wenn die diria necessitas uns treibt den Sieg zu erringen. Also, unsere Politik ist friedlich und man wird nicht in Abrede stellen, dass auch der Handelsvertrag diese Ziele verfolgt. Zu meinem Bedauern hat einer der gestrigen Redner ihm eine andere Deutung gegeben, er hat ihn von einem anderen Standpunkt angesehen, will ich richtiger sagen, er hat ihn lediglich als einen militärischen Fehler begehnet. Er hat gesagt, wenn jenseits der Grenze Armeekorps stehen, könne man diesem Vertrag nicht zustimmen. Ich halte das nicht für richtig; wenn der Herr die letzten Konsequenzen seines Gedankens ziehen wollte, würde er zum Kriege mit Russland kommen. Wenn wir nicht im Stande wären, friedliche Vereinbarungen mit Russland zu treffen, was hätte dann weiter übrig als der Krieg? Es mag jenseits der russischen Grenze stehen, was da will, und ist die Freiheit auch unbenommen, dieswärts unserer Grenze aufzustellen, was wir wollen. Aber kein Mensch wird mit einiger Wahrscheinlichkeit bezugieren können, dass ein Handelsvertrag nicht abzuschließen wäre, weil Russland eine gewisse Anzahl seiner Armeekorps jenseits seiner Grenzen aufgestellt hat. Man wird nicht in Abrede stellen, dass der Handelsvertrag die Wirkung haben kann und haben wird, dass er die Spannung zwischen den Nationen hindert, dass er die Friedensgewisheit in Europa unter den Nationen vermehrt. Man hat den Satz ausgesprochen: politische Freundschaft und wirtschaftliche Freundschaft lassen sich sehr gut mit einander vereinigen. Es ist nicht zu leugnen, dass unter gewissen Umständen, unter starken und geschickten Händen, unter gewissen Verhältnissen, geführt auf großes Ansehen der eigenen Macht es wohl möglich ist, unabhinglich aber bleibt die Sache doch auf alle Fälle. Ich will nicht auf Verhältnisse im Auslande exemplifizieren, es würde mir nicht schwer sein, Beispiele anzuführen. Ich will Sie aber bitten, Ihren Blick auf das Zustand zu richten. Das denn das Hervortreten wirtschaftlicher Tendenzen

den Frieden im Innern von Deutschland gefährht! Ich glaube nicht. (Beifall rechts links.) Je mehr diese Verhältnisse diskutiert werden sind, desto mehr ist zwischen verschiedenen Parteien und Parteikreisen Uneinigkeit entstanden. Solche Besinne nicht weit stärkerer Maße zwischen Wählern der Fall sein, die ohnehin die gemeinamen Interessen haben, die nicht die gemeinsame Vaterlandsliebe haben? Ich glaube nicht. (Beifall rechts links.)

Man hat dann dem Vertrage vorgeworfen, dass er auf 10 Jahre geschlossen sei, und einer der gestrigen Redner stellte als eine Kompensation hin, dass er auf 3 Jahre geschlossen werde. So, was nicht und das? Wir haben die übrigen Verträge geschlossen auf einen Termin im Anfang des kommenden Jahrhunderts. Wenn wir diesen Vertrag auf drei Jahre schließen und nun wirklich nach den drei Jahren die Ueberzeugung hätten, er wäre nicht gut, was wollten wir dann machen? Warum wäre er dann nicht gut? Er ist doch nur die einfache logische Konsequenz der bisherigen Verträge. (Beifall links und rechts.) Halten wir an unseren bisherigen Verträgen fest, so haben wir keinen Grund, diesen Vertrag die Landwirthschaft nicht schädigt. (Lachen rechts.) Das ist gestern bereits nachgewiesen und kann Ihnen noch so oft nachgewiesen werden, als Sie es wünschen. (Beifall links, Lachen rechts.) Die Thatsache aber bleibt bestehen. Oesterreich würde die Behauptung aufgestellt, der Fürst Bismarck habe die Verträge auf 10 Jahre abgeschlossen. Ich habe ein ganzes Brevier hier, 5, 6 Tarifverträge und etwa vier ein Zehntel Verträge auf 10, auf 10, auf 10 Jahre. Heute wurde das schon eingestrichelt auf die Behauptung, er habe nur landwirthschaftliche Verträge nicht auf so lange Zeit geschlossen. Ja, er konnte das auch nicht, weil andere Verträge hat er überhaupt nicht abschließen können, weil in der Politik, die bis 1879 bestand, davon keine Rede sein konnte. Damals hatte unsere Landwirtschaft keine Zölle, konnte also auch nichts geben. Es ist also der Einwand, dass der Vertrag auf so lange Zeit abgeschlossen sei, nicht aufrecht zu erhalten. Wir legen im Gegentheile Werth darauf, nicht allein unsere landwirthschaftlichen Verhältnisse auf 10 Jahre zu regeln, sondern auch der Welt zu zeigen, dass wir die Absicht haben, so viel an uns liegt, auf 10 Jahre Frieden zu halten. Denn, wenn ich einen Vertrag auf eine lange Zeit schliesse, es kommt ein Krieg dazwischen, so ist ja der Vertrag doch einfach annullirt, er gerührt nicht. Aber Deutschland, das hat ein starkes Friedensbedürfnis allen Staaten, auch Russland gegenüber hat, das, um einen Ausdruck meines Amtsvorgängers anzuwenden, gefügigt ist, Deutschland kann sehr wohl einen solchen Vertrag auf 10 Jahre abschließen, und wir haben und getreut, dieselbe Bestimmung mit unseren Kontrahenten zu finden. Nun, wie steht der Vertrag zu dem zweiten Ziele unserer Politik, unser Ansehen in der Welt aufrecht zu erhalten? Wir haben den Wunsch, das die deutsche Stimme in dem europäischen Kongress gehört werde, wir haben das bei den Handelsverträgen durchgesetzt. Ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich ausspreche, dass die deutschen Regierungen in der Konsequenz der Handelsverträge eine führende Rolle gespielt haben; denn was wollen wir? Nach kriegerischem Ruhm trachten wir nicht, wir wollen nur den Ruhm haben, Kulturaufgaben zu lösen, die Kultur in Europa zu fördern, das friedliche Zusammenleben der Völker zu erleichtern, die europäischen Kräfte zusammenzuschließen und einen Zusammenstoß vorzubereiten für eine spätere Zeit, wenn es einmal nothwendig sein sollte, im Interesse einer großen, gemeinsamen Wirtschaftspolitik einen größeren Komplex von Staaten gemeinsam zu umfassen. Diesem Ziele sind wir nachgegangen und ich glaube, niemand wird behaupten können, wir hätten das Ansehen Deutschlands dabei geschädigt. Ich glaube, wir haben dadurch dazu beigetragen, es zu erhöhen. Es ist und bleibt wahr, das jetzige Geschlecht steht unter dem Zeichen des Fortschritts, und die Erleichterung des Verkehrs auch über die Grenzen der eigenen Nation hinaus, ist eine der Kulturaufgaben, die alle europäischen Nationen zu lösen haben, immer mit dem Vorbehalt, dass ihre eigenen Interessen dabei nicht schädigen. Auch diesen Vorbehalt haben wir beachtet (Beifall links.)

Wenn nun der Handelsvertrag nicht die Annahme dieses hohen Hauses fände, was würde dann eintreten? Niemand wird wohl glauben, dass wir einfach auf den status quo zurückgehen, Russland zurückkehren. Ein großer Staat wie Russland lässt sich nicht differenzieren und ich halte es für zweifellos, dass der Nichtannahme dieses Handelsvertrages die Fortsetzung des Zollkrieges folgen würde. Ich halte aber ebenfalls für zweifellos, dass selbst unter den Gegnern dieser Vorlage nicht ein einziger ist, der diesen Zustand leichten Herzens auf sich nimmt, ein Zustand, der für unseren Handel und Industrie und Kriebelei verderblich werden würde und der unmeierlich — denn insofern sind alle Berufsstände solidarisch mit einander verbunden — auch für einen Theil unserer Landwirtschaft, in erster Linie für die unserer Ostens die erhebliche Schwierigkeit und Schädigung mit sich bringen würde. (Beifall rechts links, Unruhe rechts.) Wie denkt man sich denn diesen Zustand bei einer so langen Grenze wie die zwischen uns und Russland. Man sagt: Der Schmuggel! Ja wohl, der Schmuggel, den ich gekannt habe in Döneren würde wiederkommen in zehnfachen Dimensionen. Ich entsinne mich noch der Zeit, wo in gewissen Kreisen bei der Aushebung eine ganze Anzahl von Menschen mit Schupprunden sich einstellten, die sie beim Schmuggel erhalten hatten. Derselbe Schmuggel würde wiederkommen, zahlreiche Grenzstreitigkeiten erster Art würde er zur Folge haben, und noch das weiter folgen würde, was ich nicht anmalen. Dann aber: gerade unsere Grenzprovinzen, die seit Jahrzehnten gebürdet haben nach einem Hinterland, würden es unendlich schwer empfinden, wenn eine Mauer höher als die dänische, errichtet würde. Denn wenn jetzt noch bis zu einem gewissen Grade Handel getrieben wird, so wollen wir doch nicht glauben, dass das so weiter gehen wird. Der Handel nicht noch aus den früheren Verhältnissen her. Rundschiff, Kredit ändern sich nicht so leicht. Ein Theil der Industrie hat noch heute, um sich die Märkte zu erhalten und in der Hoffnung, dass der Zollkrieg bald aufhören würde, mit Verlust weiter gearbeitet. Alles das aber geht zu Grunde, es kommt dann eine hohe Zollbarriere, die unseren Handel mit Russland, wie ich fürchte, auf sehr lange Zeit vollkommen unmöglich machen wird. Wir sind zu diesem Vertrage nur gekommen durch das Zusammenwirken günstiger Umstände; so günstig werden sie überhaupt nicht wieder kommen. Kommt aber dieser Vertrag nicht zu Stande, so werden die Zustände irreparabel, der Zollkrieg bleibt bestehen.

Es wird dann schließlich dahin kommen, daß keiner nachgeben wird, und es wird dann für abschließend sein. Die Verhandlungen haben müssen, daß wir hienächst abgeschlossen sind auf einer Grenze von, ich glaube, 1200 Kilometern, auf der wir zwar niemals einen Schritt zurück, aber doch immerhin einen friedlichen Fortschritt hatten. Der Grenzschluß wird aber noch weiter gehen, er wird auch den Punkte der Menschen erschöpfen, und ich gebe da den in diesem Punkte gewiß gut informierten russischen Abgeordneten zur Erwägung, ob der Vertrag russischer Natur ist, der doch dringend notwendig und unentbehrlich ist, ob dieser Vertrag noch weiter weiter bestehen könnte.

Man hat sich in Deutschland gewünscht, den Panславismus oder Panrusanismus als etwas Schädliches hinzustellen, man ist der Meinung, daß darin für uns eine Gefahr läge, eine Gefahr für die Welt, daß darin eine Abwendung Russlands vom Westen liegen könnte. Ist dies aber der Fall, so bitte ich Sie, sich doch einmal vor die Frage zu stellen: Wenn wir nun die Hand, die Russland uns jetzt geboten hat, zurückziehen, wird dann nicht Russland dem Panславismus erst recht zutreiben? Wo soll es denn hin, wenn diese Hand abgeschlagen wird, die Russland nun dem Westen bietet? Dann ist es auf sich selbst angewiesen, wie ein Pantheist, und dann treten alle die Gefahren ein, die nach der Befreiung vieler mit diesem Worte und mit dieser Erklärung verbunden sind. Man hat also dem der Regierung vorgeworfen, sie habe die Hände mit Russland geschnitten. Ich glaube nicht, daß wir diesen Vorwurf verdienen. Wir haben von jeher so lange der neue Kurs, um diesen Ausdruck zu gebrauchen, existiert, das Bestehen gehabt, mit Russland auf einen freundschaftlichen Fuß zu stehen. Wenn Sie diesen Vertrag aber ablehnen, den ich für einen starken und kräftigen Draht halte, dann wird nicht nur dieser neue Draht nicht gelegt, sondern Sie geschehen dann auch die alten Dämonen und Sie tragen auch die Verantwortung dafür.

Ueber den Vertrag selbst zu sprechen, dessen kann ich mich enthalten. Was darüber im Wesentlichen zu sagen ist, ist schon beim russischen Vertrage gesagt worden. Was an Einzelheiten zu sagen ist, wird in der Kommission besser gesagt werden. Es sind hier auch gestern wieder allgemeine Reden gegen den russischen Vertrag vorgetragen worden. Dieser Handelsvertrag ist in der That das letzte Glied in einer Kette. Wir haben die Kette um dieses Glied verlängert, ohne einen Preis dafür zu zahlen. (Sehr richtig links.) Der Preis, der bezahlt ist, liegt im österreichischen Vertrage. (Unruhe rechts), und dieser Preis ist wieder nicht so hoch gewesen, wie die Mehrzahl von Ihnen wohl glauben mag. Das beweisen ja auch jetzt die Dinge. Es wird ja gar nicht so viel aus Österreich eingeholt, als man zuerst wohl vermuten könnte. Die Organe einer gewissen Partei stellen jetzt auch schon den österreichischen Vertrag als Mustervertrag hin. Daran kann doch niemand zweifeln haben, daß, nachdem man einen Vertrag auf einen Konventionaltarif abgeschlossen hat, man dann den Wunsch hat, diesen Konventionaltarif auch an andere zu verkaufen, und dies verkaufen an andere, das kann geschehen und geschieht im vorliegenden Falle, ohne daß wir irgend einen Preis dafür zahlen. Wir geben diesen Konventionaltarif an Russland und bekommen dafür von Russland nicht unerhebliche Zugeständnisse, wir verwerten den Preis, den wir an Österreich bezahlt haben, immer wieder in den neuen Verträgen und ohne irgend einen Zuschuß. In dem Vertrag mit Russland ist das einzige bemerkenswerte Merkmal, das nun schon seit längerer Zeit vorgetragen wird, das das Verhältnis mit russischem Roggen übernehmend würde. (Zurück rechts.) Daß die Herren hier unten nicht überzeugt werden, davon bin ich ohne weiteres überzeugt. Ich würde mir auch gar nicht die Mühe nehmen, zu Ihnen zu sprechen; ich spreche hier zu dieser Versammlung im Ganzen, und da spreche ich die Überzeugung aus, daß von einem Uebernehmen mit russischem Roggen nicht die Rede ist. Sie brauchen nur eine Statistik zur Hand zu nehmen, die amtliche Statistik des statistischen Amtes oder die in den letzten Tagen erschienene von Professor Conrad, um zu sehen, daß wir Roggen aus allen Theilen der Welt bekommen. Im Jahre 1892 hat die Einfuhr des amerikanischen Roggens die des russischen übertritten, die russische Einfuhr übertrifft die russische. In den letzten Jahren ist in praxi der Beweis geführt worden, daß wir ohne russischen Roggen leben können. Russland hat seine Grenze verschlossen und hat sehr Gölle gemacht, um wir haben keinen Mangel an Roggen gehabt. Das ist eine Erfahrung für die, die überhaupt nicht wollen aus dem letzten Jahrzehnt wissen haben den Weltmarkt, und Roggen folgt aus dem Weltmarkt den Roggen, was Weizen, und wenn wir von Russland den Roggen bekommen, so bekommen wir ihn nicht von anderen Ländern.

Wie soll denn Russland uns überführen? Glaubt man, daß Russland, wenn wir anders der Preis hoch und hier niedriger sein würde, seinen Roggen hierher schicken wird? Das ist früher nicht geschehen. Der russische Roggen sucht den Markt, der ihm am besten zulegt und ihm die höchsten Preise bezahlt. Woher wir den Roggen bekommen, kann uns vollkommen gleichgültig sein; wir brauchen den Roggen, wir wollen keinen hohen Preis zahlen und nehmen den Roggen von dem Lieferanten, der ihm zu den billigsten Preisen liefert. Für Russland liegt die Sache anders. Das Land hat ein Interesse daran, seinen Roggen hierher zu bringen und hat vielfach kürzere und schneller Wege hierher und das hat, wie jeder Kenner der Konvention anerkennt, über den Zolltarif weggeschoben. Man giebt bei uns dem russischen Kaufmann, man kennt einen längeren Kredit als bei uns; der Kunde legt Werth auf den Kredit und kommt zu uns, wir gewähren ihm Gleichermessen und deshalb wünscht er, den Roggen hierher zu bringen. Für uns liegt kein Grund vor, ihm den Zugang zu erschweren, um so weniger, als Russland uns ein Äquivalent dafür giebt. Wir sind unabhängig vom russischen Roggen geworden. Das haben die letzten Jahre gelehrt und es war gut, daß diese Lehren uns auf beiden Seiten gegeben wurden, sonst würde der Handelsvertrag jetzt nicht zu Stande kommen. Wenn man von der Ansicht ausgeht, daß der österreichische Handelsvertrag von uns etwas fordert, während er der Industrie Vorteile gebracht hat, so haben wir hier einen Handelsvertrag, der keinen Preis von uns fordert und nur fordert, daß wir die Produkte eines Nachbarlandes zulassen sollen, und der uns Vorteile giebt, und dann, wo man nicht gegen den österreichischen gestimmt hat. Ich kann mir denken, daß der Fehler ist, daß der Vertrag ein Fehler gewesen, aber der Fehler ist dann gemacht. Es ist uns vorgekommen, wir haben uns so hing an Österreich verkauft. Jetzt wird uns zu dem, was dort abgeschlossen ist, eine Zulage gemacht, und da wollen wir sagen: Das Geschäft wagen wir nicht?

Ich habe auch bisher nicht gelesen, daß gegen diese ober jene Position ein Beweis erbracht worden ist. Die Gegner dieser Politik quälen sich ab in dem Kampfe gegen allgemeine wirtschaftliche Werke. Sie wollen sich nicht darin finden, daß wir einen Exportmarkt und Weltmarkt haben. Als ob diese Dinge nicht mächtiger wären, als die Menschen. Sie kommen nie und nimmer in die ersten erfolgreichen Kämpfe gegen Naturkräfte auf, und es wird die Schuld dafür, daß ihre Wünsche, ihre Ansichten sich nicht realisieren lassen, einem Menschen zugeschoben. Ich wollte nicht von Frankreich sprechen. Aber nachdem die Abg. Graf Bismarck und von Staudt darauf protestiert haben, muß ich doch sagen, daß das einzige, was mir in der Rede des Herrn von Karlowitz wehe gethan, das war, daß er mir gegenüber den Minister Meline jährt für eine deutsche Angelegenheit. Das würde ein französischer Staatsmann nicht thun. (Unruhe rechts.) Da Herr von Karlowitz mal Herrn Meline jährt hat, so muß ich sagen, ich glaube nicht, daß ein Franzose so weit gehen wird.

Unter denen, die die Schuld den Menschen zuschieben, steht voran der gefestete mehrfache Bund der Landwirtschaft. Ich will hier keine Polemik gegen den Bund der Landwirtschaft führen, aber ich möchte mir erlauben, ein paar Worte über seine Thätigkeit zu sagen und seine Führer zu warnen. Ich kann von mir aus sagen — und ich habe Zeugen dafür, daß alle der Bund der Landwirtschaft gestiftet wurde, da Sachverständige zusammenkommen, die nur aus ihrer Kenntnis der Dinge heraus diejenigen Rathschläge geben, die heilsbringend für die Landwirtschaft sind werden. Ich muß aber zu meiner Betrübnis gestehen: davon habe ich bisher nichts gesehen. (Sehr wahr! links.) Ich glaube nicht, daß das, was der Bund der Landwirtschaft bis jetzt gethan hat, den Landwirthen materiell auch nur eine Mark eingebracht hat. (Sehr richtig! und Getreide links.) Ich glaube, daß der Landwirtschaft geistig und moralisch schädigt; er verbreitet unter ihnen das Bewußtsein einer Depression, die nicht dazu beiträgt, die Kräfte zum Widerstand gegen schwierige Verhältnisse zu stärken. (Sehr richtig! links.) Es tritt eine Art von Hoffnungslosigkeit ein, während das erste, was der Landwirtschaft nach meinem Dafürhalten notwendig ist, das Aufheben und Zusammenfassen der einzelnen Kräfte zu Genossenschaften zur Kräftigung der Gesamtheit sein müßte. Die Wirkung der Thätigkeit des Bundes der Landwirtschaft ist eine trennende, die Menschen voneinander. (Hör rechts. Sehr richtig! links.) Der Bund der Landwirtschaft hat es fertig gemacht, Industrie und Landwirtschaft und Industrie und Landwirtschaft zu trennen (Widerpruch rechts), und auch bei der Zollgesetzgebung, die lange zusammengehörig sind, wie schon gestern hier erwähnt wurde, die Landwirtschaft eine reiche Beute davon trug und die Industrie mit leeren Händen ausging. Damals hat die Industrie nicht gemerkt, sie hat mitgemacht. Jetzt, wo die Landwirtschaft in diesem Vertrage, ohne — ich wiederhole das und werde es immer wiederholen, denn es ist unabweisbar — ohne das mindeste eigene Opfer zu bringen. (Sehr richtig! links. Widerpruch rechts), nur darin willigen soll, daß die Industrie Vorteile erhält, da verjagt die Landwirtschaft. Also zuerst hat der Bund Industrie und Landwirtschaft auseinander gebracht, dann ist er dabei, den Osten von dem Westen zu trennen. (Widerpruch rechts. Sehr richtig! links.) Das sind die Ueberreibungen, deren der Bund der Landwirtschaft vor allen Dingen sich schuldig macht. Es ist ja jetzt, wenn man von der Landwirtschaft spricht, nachher so, als ob wir auf dem rechten Ufer der Landwirtschaft getrieben würde. (Sehr richtig! links), als ob nach Vertrag und Fläche der größte Theil der Landwirtschaft nicht dort bestünde. Und endlich ist der Bund dabei, den kleinen Grundbesitz von dem großen zu trennen. (Widerpruch rechts.) Ich spreche nicht davon, daß die Leiter des Bundes den Willen haben, diese Dinge hervorzuheben, aber die Bewegung wächst ihnen über den Kopf. Warten Sie nur 1 oder 2 Jahre, warten Sie nur eine Wahl ab, und haben Sie dann die Gist, sich an das zu erinnern, was ich sage: Sie trennen den Großgrundbesitz von dem kleinen.

Ich möchte zum Schluß nochmals darauf hinweisen, was von anderer Seite schon gesagt worden ist: Wie stellen sich die in der Geschichte unsere wirtschaftlichen Verhältnisse zu Russland dar? Ich will Sie nicht mit einzelnen Daten belegen. Die Jahre 100 Jahre dauern die Verträge, und Russland wirtschaftlich zu nähern und uns einen Vorteil dadurch zu verschaffen, und mancher dieser Verträge ist leider zur preislichen Zeit auf uns zu Preisen nicht immer wichtige Weise geendet. Jetzt sind wir um Ziele und ich, und ich glaube ein großer Theil der Nation, wir freuen uns, und ich hoffe, daß sich noch ein anderer Weg wird, daß wir mit unsern Verhandlungen ein Ziel sind. Ich will in dieser Beziehung eine Stelle aus einer Rede des Fürsten Bismarck aus dem Jahre 1873 vorlesen. Da heißt es: „Der Vorbereiter wird mir zugehen, daß die 51jährigen Verhandlungen doch in ihrem Ergebnisse nicht so ganz unrichtig geblieben sind. Denn wenn der heutige russische Tarif verglichen wird mit dem vor 21 Jahren, so möchte ich einen immerhin mächtigen, aber doch nicht abzuliegenden Anspruch auf Anerkennung der Bemühungen zunächst der preussischen, demnach der norddeutschen und dann der Reichsregierung annehmen. Ich verspreche ihm aber, nicht zu erwidern und die Verhandlungen noch 50 Jahre — ich selbst nicht, aber mit meinem Nachfolger — nicht ruhen zu lassen.“ (Hör, hört! links.) Der Nachfolger des Fürsten Bismarck ist bestrebt gewesen, diese Verhandlungen zum Ziele zu führen. (Wahrhaftig! links.)

Herr v. K. (Antl.) bei Beginn seiner Rede fast unverständlich für uns, Hr. Prof. über Landwirtschaft gehörten dem Bund der Landwirtschaft an. Herr K. hat diese als anti-fremdliche Partei bezeichnet. Es ist sehr erfreulich, daß der Antifremdlichkeit so tiefes Bedauern entgegen habe. Herr K. hat diese geistern an, daß die märkischen Bauern eine heilige Pflicht vor König und Kaiser, vor Kräfte und vor Augenblick hat uns lieber Herr Gott. Heute aber, heute der Bauer: Vor Ketz, Sohn, Manasse und anderen dieser Klasse behüt, uns lieber Herr Gott (Mim links und Weisfall rechts). Es ist unrichtig, daß der Bund der Landwirtschaft den kleinen Besitz vom großen trenne; im Gegentheil, er habe beide geübt. (Weisfall rechts.) Es solle der Mittelstand als Indiziel zwischen dem immer mehr wachsenden Proletariat und den zunehmenden Kapitalmächtigen geschlossen werden. Er bedauere lebhaft den Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft und meide, daß die Industrie nur blühen könne, wenn die Landwirtschaft künstlich bleibe. (Zusammenrecht.) Mit solchen Handelsverträgen helfe man dem am Boden liegenden Landwirtschaft nicht auf die Beine. Der Vertrag könne nur vom wirtschaftlichen Standpunkte aus betrachtet werden. Auf wirtschaftlichen Gebiete aber müßten doch ganz andere Vortheile

geboten werden, um annehmbar zu erscheinen. Es sei doch von nicht zu unterschätzender symptomatischer Bedeutung, wenn so lokale patriotische Männer wie die Landwirtschaft sich so scharf äußern. Wenn die Sozialdemokratie für den Vertrag sei, so liege der Grund darin, daß sie ganz genau wisse, daß ihr Vortheile blühe, wenn es der Landwirtschaft schlecht gehe. Die Rechte für die Industrie aus dem Vertrage seien nur sehr gering angelegt der hohen Zollhöhe Russlands; auch was für unsere Landwirtschaft erzielt werden soll, Zollherabsetzungen auf Gemüße, Knoblauch, Getreide, Zwiebeln, Hopfen, sei so werthlos, daß unsere Landwirtschaft, als sie davon hörten, vor Freude fast vom Stuhle gefallen seien (Getreide). Kurz, der Antrag bedeute für die Landwirtschaft Schaden, für die Industrie keinen Nutzen. Gerade unter den Gegnern der Verträge befinden sich die, die für die Militärvorlage gestimmt haben. (Singer ruft: Mehr aus Dummheit! Bism. Rufet zur Ordnung!) Er erkenne den Ueberlegen Geist des Herrn Singer an. Aber bei der Abstimmung hätten sie sich mit den Kreisen in Uebereinstimmung befunden, auf die es ihnen ankomme. Auf die Zustimmung des Herrn Singer und seiner Parteigenossen könne es ihm nicht an. Zu bebauern sei jedenfalls, daß Deutschland eine starke Position Russland gegenüber nicht besser angenommen habe. Frankreich habe trotz seiner politischen Freundschaft mit Russland sich gar nicht geschützt, den wirtschaftlichen Krieg mit Russland anzunehmen, während es andererseits alle die Vortheile einheimisch, die wir durch Preisgebung unserer Landwirtschaft aufgegeben haben. Aus nationalen Gründen aber könne er für den Vertrag nicht stimmen. Der Bund der Landwirtschaft habe nur das die Landwirtschaft befehlende Gefühl der Verlassenheit geboren. (Sehr richtig! rechts.) Und wie schäure der Vertrag den Partikularismus! Das je die Frage der Staatlichkeit. Nach alledem müsse man dem Vertrage die Zustimmung verweigern.

Herr v. Hammerstein: Der Abg. Singer hat uns vorhin nachgehört, wir hätten aus Dummheit für die Militärvorlage gestimmt.

Vizepräsident Herr v. Buol: Ich habe Herrn Singer sofort zur Ordnung gerufen. Es mag das ja wegen der Unruhe des Hauses nicht überall verstanden worden sein.

Herr Singer: Ich bemerke dazu noch, daß meine Worte lauten: „Ich aus Dummheit, wie die Antifremden.“ Ich fügte mich dazu heranzu, weil ja Herr Bittel selber hinterher erklärt hat, er sei in seinen Vorlesungen wegen deren er für die Militärvorlage gestimmt habe, getäuscht worden. Mein Zuspruch mag, wie ich zugebe, nicht parlamentarisch gewesen sein, aber er war jedenfalls zutreffend.

Herr v. Hammerstein: Nach dem Gesprochenen habe ich keinen Anlaß, noch weiter auf die Sache einzugehen. Nur das muß ich noch bemerken, daß der Ordnungsruf auf dieser Seite des Hauses nicht gehört worden ist. (Rufe auf anderen Seiten: Hier auch nicht!)

Herr Liebermann v. Sonnenberg: Ich konstatire, daß die letzten Worte des Abg. Singer wieder Wendungen enthalten, wegen deren er einen Ordnungsruf verdient hätte. Ich beantrage, daß ihm dieser Ordnungsruf ertheilt wird und bitte, das Haus darüber zu befragen.

Vizepräsident v. Buol: Ein solcher Antrag ist geschäftsbürokratisch nicht zulässig. Ich halte die Sache damit für erledigt und ertheile das Wort nunmehr dem

Herr Dr. v. Bennigsen (nl.): Professor Conrad hat eine sehr interessante graphische Darstellung gegeben, aus Zusammenstellungen der Breslauer Handelskammer über das Verhältnis des Rubelkurses zu den Getreidepreisen, und aus dieser geht hervor, daß ein Zusammenhang zwischen diesen, wie ihn Abg. v. Karlowitz behauptet, nicht besteht. Die Landwirtschaft würde also nach Annahme seines Antrages nur geschädigt werden.

Die sachlichen Gesichtspunkte gegen den Vertrag hat gestern Graf Mirbach zusammengefaßt, obgleich es dabei doch an einzelnen Stellen gegen den jetzigen Leiter der deutschen Politik nicht gefehlt hat. Aber im Ganzen ist die Erörterung eine durchaus sachliche. — Er behauptet nun, daß die Vorteile für die Industrie ganz geringfügig seien. Wahrscheinlich ist aber die fast einmütige Zustimmung der Industriellen selbst zu der Frage. Durch die Einrichtung des Zolltarifs ist doch Handel und Industrie fortgesetzt über den Fortgang der Verhandlungen unrichtig worden. Ich gebe zu, daß einzelne Industrievorstände nur geringe Vorteile oder gar keine Ermäßigungen des Zolles erlangt haben, und deren Widerspruch ist herausgehoben worden. Aber Tarife müssen sich immer in gewissen Grenzen bewegen, und die Günstigkeit von Handel und Industrie ist fast eine völlige in der Ansicht, daß der Vertrag ganz außerordentlichen Vorteil für sie bietet. Das Wichtigste ist aber, daß zum ersten Male mit Russland ein Vertrag abgeschlossen ist, der in Handel und Verkehr und Schiffahrt in Russland Deutschland vollkommen gleichstellt mit den russischen Staatsangehörigen. Welche ungeheure Bedeutung muß das für unseren Handel und unsere Schiffahrt haben, gerade bei dem jetzigen wirtschaftlichen Druck. Für unsere Handelskäfte an der Dniepr ist dieser Vertrag geradezu ein Gewinn. Für die Industrie hat der Vertrag, ganz abgesehen von der Bedeutung der Zollherabsetzungen die ungetreuer wichtige Bedeutung, daß der Zolltarif mit seinen veränderlichen Wirkungen befristet wird.

Wir besitzen ein Quantum an Aushuf nach Russland, das höher ist als die Aushuf Englands und höher als die Aushuf aller übrigen europäischen Länder ohne England. Die deutsche Industrie hat sich diesen Vortheile mit Russland unter schwierigen Verhältnissen erworben. Welche Hoffnungen können wir da erst für die Zukunft hegen. Hat Russland hier nur erst den ersten Schritt gemacht, so kann es ihm nicht mehr zurückgehen und der Vertrag wird nicht das letzte Glied in der Annäherung der beiden Staaten sein, sondern die Weiterentwicklung wird nicht auf sich warten lassen. Trotz aller inneren Schwierigkeiten besitzt Russland eine erstaunliche Entwicklungsfähigkeit, so viele Naturkräfte, eine solche Produktions- und Konsumtionsfähigkeit, daß es ungeheure Vorteile für seinen Nachbarn bieten muß. Der Graf Mirbach fürchtete gestern die Konkurrenz der russischen Fabrikate. Wir haben hier auf diesem Gebiete manches Abkommen geschlossen, aber das scheint mir doch das Beste an Sozialrecht. Wenn es uns gelangen ist, die Konkurrenz Frankreichs, Englands, Belgiens zu schlagen, brauchen wir auch jene Verhältnisse nicht zu fürchten.

Nun wird behauptet, die Landwirtschaft trage zu Gunsten der Industrie alle Opfer, auch im vorliegenden Vertrage und man begründet dies mit dem Hinweis auf den Roggen. Nun hat mancher und auch ich beim russischen Vertrage gesagt, beim Roggen liege die Sache allerdings anders als beim übrigen Getreide und es kam die Frage entstehen, ob eine Kompensation hier notwendig werden würde.

(Fortsetzung in der Abendausgabe.)